

●Anwärter

# Dringender Bedarf?

Dass der UN-Sicherheitsrat reformbedürftig ist, wird nur von wenigen bestritten. Die Bundesregierung fordert nun einen eigenen nationalen, ständigen Sitz. Ist dies legitim oder kontraproduktiv?

pro

Die internationale Politik der kommenden Jahre wird durch ein hohes Ausmaß an Instabilität gekennzeichnet sein. Deshalb braucht die Welt eine nachhaltig gestärkte Weltorganisation in Gestalt der Vereinten Nationen. Dies erfordert ihre Reform, die ohne eine Stärkung des Sicherheitsrats nicht möglich ist. Seine Repräsentativität und Handlungsfähigkeit müssen dazu gesteigert werden. Die heutige Zusammensetzung der ständigen Mitglieder reflektiert die Ordnung von 1945: Afrika und Lateinamerika sind überhaupt nicht, Asien ist unterrepräsentiert. Japan und Deutschland steuern mit jeweils 19,5 und 8,7 Prozent mehr zum Haushalt der UN bei als vier der fünf ständigen Mitglieder Großbritannien (6,1), Frankreich (6), China (2,1) und Russland (1,1).

Es ist an der Zeit, dass diejenigen Staaten, die das Funktionieren der UN gewährleisten, auch an den Entscheidungen teilhaben, die jetzt von weniger großzügigen Staaten über ihre Köpfe getroffen werden. Deutschland ist der größte Truppensteller für UN-mandatierte Missionen, muss jedoch andere darüber entscheiden lassen. In der heutigen Welt offener Grenzen kann jede Krise von fernen Punkten des Globus nach Deutschland kommen und dort Schaden anrichten. Es liegt im elementaren Interesse Deutschlands – auch als größte Wirtschaft Europas und führende Exportnation – aktiv an der Erhaltung und Durchsetzung stabiler Verhältnisse und des Friedens weltweit mitzuwirken. Deshalb ist ein ständiger Sitz im kardinalen Interesse der Bundesrepublik. Über einen ständigen Sitz kann Deutschland seine Tradition des Multilateralismus, der vermittelnden Diplomatie und der Abstimmung mit den EU-Partnern in die UN einbringen. Die Alternative eines EU-Sitzes steht auf längere Zeit nicht zur Verfügung, da hierzu die EU über eine wahrhaft geeignete Außenpolitik verfügen und London wie Paris auf ihren nationalen Sitz verzichten müssten. Sollte Deutschland in der nun angestoßenen Debatte um eine Reform des Sicherheitsrats diese

Chance nicht ergreifen, beginge es einen schweren Fehler, den zukünftige Generationen kaum verzeihen und der den heutigen Deutschen den Ruf der Drückebergerei eintragen würde.



●Karl Kaiser (70), emeritierter Professor für Politische Wissenschaften, Bundesverdienstkreuz-Träger und langjähriger Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

contra

Zur Rechtfertigung eines ständigen deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat werden zumeist angeführt: die materiellen Beiträge wie auch das immaterielle Engagement Deutschlands für die UN; und der Status Deutschlands als „große Macht“ (Gerhard Schröder), die in einem an die neuen „geopolitischen Realitäten“ angepassten Sicherheitsrat schon deshalb Platz nehmen müsse, damit dieser „repräsentativer“ und „handlungsfähiger“ werde. Keines dieser Argumente kann überzeugen. Richtig ist, dass Deutschland zu den wichtigsten Stützen der Vereinten Nationen gehört. Allerdings hat es dazu als einstiger „Feindstaat“ mehr Grund als die anderen Vertragsstaaten. Diese Rolle kann es auch ohne ständigen Sitz weiterhin spielen. Das machtpolitische Argument sticht nicht. Das „Gewicht“ Deutschlands hat in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Anwärtern deutlich abgenommen. Gemessen in Anteilen an der Weltbevölkerung, dem Weltbruttosozialprodukt sowie den Ausgaben für Entwicklungshilfe und Militär steht Deutschland heute schwächer da als früher der westdeutsche Teilstaat allein. Und da Europa (inklusive Russland) im Sicherheitsrat ohnehin überrepräsentiert ist – es besetzt bereits heute drei von fünf ständigen Sitzen, stellt aber nur knapp zehn Prozent der Weltbevölkerung –, würde ein deutscher Aufstieg die Benachteiligung anderer Regionen noch verschärfen. Die Aufstockung des Rates würde zudem seine Handlungsfähigkeit schwächen. Das wichtigste Argument gegen einen deutschen Sitz leitet sich drittens aus dem Grundgesetz ab. Seine Präambel besagt, dass Deutschland „von dem Willen beseelt“ sei, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Dass die Politik der Bundesregierung alle drei Vorgaben verletzt ist offenkundig: Sie strebt nach unstatthaften Statusvorteilen (zum Beispiel gegenüber Italien) und sie untergräbt damit den Zusammenhalt der EU im Allgemeinen wie auch die Wirksamkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Besonderen. Dem Frieden ist am besten mit zurückhaltender Politik gedient. Dem entspräche Verzicht auf einen nationalen ständigen Sitz und Förderung europäischer Gemeinsamkeit.



●Gunther Hellmann (44), Professor für Politikwissenschaft an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main